

Presse-Information  
Forsa-Umfrage  
9. Januar 2014

Mehr Demokratie e.V.  
Landesverband Berlin/Brandenburg  
Regine Laroche  
Pressesprecherin  
Haus der Demokratie und Menschenrechte  
Greifswalder Str. 4  
10405 Berlin  
Telefon 030-420 823 70  
Mobil 0178-816 30 17  
Fax 030-420 823 80  
presse@mehr-demokratie.de  
www.mehr-demokratie.de

## Forsa-Umfrage im Auftrag von Mehr Demokratie

Im Nachgang zum Volksentscheid „Neue Energie für Berlin“ hat Mehr Demokratie das Meinungsforschungsinstitut Forsa beauftragt, um die Meinung der Bürgerinnen und Bürger zum Umgang des Senats mit dem Volksentscheid, aber auch die Gründe für ihr Abstimmungsverhalten zu erfragen.

Datenbasis: 1.003 Berliner  
Erhebungszeitraum: 9. Bis 19. Dezember 2013

### Frage 1:

In Berlin hat es bisher vier Volksentscheide zu Vorschlägen von Bürgern gegeben. Volksentscheide können mit anderen Wahlterminen zusammengelegt werden, den genauen Termin für einen Volksentscheid legt aber bisher der Senat fest. Sollte Ihrer Meinung nach in einem Gesetz festgelegt werden, dass Volksentscheide mit anderen Wahlen zusammengelegt werden oder sollte der Senat das von Fall zu Fall entscheiden dürfen?

Es sollte in einem Gesetz festgelegt werden, dass Volksentscheide mit anderen Wahlen zusammengelegt werden.		
	Ja (in %)	Nein (in %) *
Insgesamt	50	46
Ost-Teil	53	42
West-Teil	48	48
18- bis 29-Jährige	38	53
30- bis 44-Jährige	52	45
45- bis 59-Jährige	53	44
60 Jahre und älter	53	43
Anhänger von: SPD	44	53
CDU	42	54
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	49	48
DIE LINKE	59	36

Eine Mehrheit der Befragten (50 %) ist der Ansicht, dass in einem Gesetz festgelegt werden sollte, dass Volksentscheide in Berlin mit anderen Wahlen zusammengelegt werden. 46 % meinen, der Senat sollte das von Fall zu Fall entscheiden dürfen. Für eine Entscheidung durch den Senat von Fall zu Fall sind die Wählerinnen und Wähler von SPD und CDU häufiger als die Anhänger von Grünen und Linkspartei.

\* an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

**Frage 2:**

Bei zwei der vier Volksentscheide in Berlin hatten die Bürgerinitiativen eine Zusammenlegung mit einem Wahltag angestrebt. Der Senat hat dagegen jeweils einen eigenen, von einer Wahl unabhängigen Termin festgelegt. Finden Sie dieses Vorgehen des Senats in Ordnung oder finden Sie das nicht in Ordnung?

Dass der Senat bei zwei der vier Volksentscheide entgegen des Willens der Bürgerinitiativen jeweils einen eigenen, von einer Wahl unabhängigen Termin festgelegt hat, finden in Ordnung:		
	Ja (in %)	Nein (in %) *
Insgesamt	25	66
Ost-Teil	24	65
West-Teil	26	67
18- bis 29-Jährige	29	59
30- bis 44-Jährige	23	71
45- bis 59-Jährige	27	64
60 Jahre und älter	23	69
Anhänger von: SPD	30	62
CDU	32	62
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	26	70
DIE LINKE	14	76

Eine Mehrheit aller Befragten (66 %) findet es nicht in Ordnung, dass der Senat bei zwei der bisher vier Volksentscheide in Berlin entgegen dem Wunsch der Bürgerinitiativen jeweils einen eigenen, von einer Wahl unabhängigen Termin festgelegt hat. Die gilt unabhängig von der Parteipräferenz.

25 Prozent finden das Vorgehen des Senats in Ordnung.

\* an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

**Frage 3:**

Diejenigen, die nicht an der Abstimmung zum „Berliner Energietisch“ teilgenommen haben, wurden nach den Gründen gefragt.

Es haben ...% nicht am Volksentscheid teilgenommen*) weil...	Insgesamt **) (%)
... sie nicht dazu gekommen sind, teilzunehmen oder nichts von dem Volksentscheid wussten	36
... sie keine ausreichenden Informationen hatten oder das Thema zu komplex fanden	21
... der Senat ohnehin ein ähnliches Gesetz verabschieden wollte und sie den Volksentscheid überflüssig fanden	17
... sie nicht wussten, wie sie sich entscheiden sollen	14
... sie das Thema nicht interessiert hat	13
... sie gegen den Gesetzentwurf waren	11
... sie krank waren oder aufgrund des Alters	5

\*) Basis: Befragte, die an der Abstimmung zum „Berliner Energietisch“ nicht teilgenommen haben

\*\*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich